

Bezugspreis:
Monatlich 3,60 M durch unsere Zeitungen
und Agenten frei ins Haus gestellt; bei
der Post abgeholt monatlich 3,15 M,
vierteljährlich 9,45 M; durch den Zeitungsver-
käufer monatlich 3,30 M, vierteljährlich 9,90 M.

Frei-Vollagen:
Sommer- und Winterfahrplan,
Hessischer Landwirth.

Erscheint täglich
auch an Sonn- und Feiertagen.

Naßauer Bote

Verantwortlich: Dr. Albert Sieber. Redaktion: Dr. Albert Sieber. Verlag: Der Limburger Verlags- und Druckerei, G. m. b. H., 1. Bader, Director, alle in Limburg.

Anzeigenpreis:
Die achtpolige Zeile oder deren Raum
50 Pfg. Bei Stengelungen und Stellen-
angeboten ist die vierte Aufnahme umsonst.
Kleinanzeigen 1,20 M die Zeile.

Anzeigenannahme:
Für die Tagesausgabe bis 5 Uhr am Vorabend.
Nachtrag nur bei Wiederholungen und
pünktlicher Bezahlung.

Geschäftsstelle: Diezerstraße 17
Telephon: Anschlag Nr. 8.
Postfach 12382 Frankfurt.

Nr. 123.

Limburg a. d. Lahn, Montag, den 31. Mai 1920.

51. Jahrgang.

Neues vom Tage.

Der interalliierte Rat wird, nach italienischen Meldungen, in allerhöchster Zeit in Genoa zusammenzutreten, um die von Deutschland zu zahlende Entschädigung festzusetzen.

Nach einem Telegramm aus Helsinki hat die finnische Regierung aus Helsinki die russische Regierung vorgeschlagen, die finnisch-russischen Friedensverhandlungen am 10. Juni in Dorpat zu eröffnen.

Die finnischen sozialistischen Parteien haben im Abgeordnetenhaus die Trennung von Staat und Kirche beantragt.

Nach einer Meldung aus Dresden haben die Dresdener Schuhindustriellen ihren Arbeitern gekündigt, so daß Mitte Juni sämtliche Fabriken stillgelegt sind.

Der französische Senat hat das Gesetz über die Besteuerung der Junggeheilen angenommen.

Bei den Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung in Moskau wurde eine Einigung über die Grenzfrage mit Ausnahme weniger technischer Einzelheiten erzielt. Letztendlich wird umfänglich das ganze ethnographisch lettische Gebiet, das 64 bis 70 000 Quadratkilometer groß ist, umfassen.

Bei der ukrainischen Offensive gelang es den Polen, wie „Berliner Tageblatt“ aus Warschau berichtet, 25 000 österreichische Kriegsgefangene zu befreien, die jetzt nach Oesterreich zurückgebracht werden sollen.

Der Reichskanzler ist in Begleitung des Staatssekretärs Albert zur Erwidern des ihm unlängst abgeleiteten Besuchs des bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr in München eingetroffen.

In der Provinz Hannover kam es in der vergangenen Woche zu blutigen Zusammenstößen zwischen Pionieren und Räuberbanden einerseits und Einwohnern andererseits.

Der internationale katholische Palästina-Kongress findet mit Einwilligung des Heiligen Stuhles vom 12.—16. Juni in Einsiedeln (Schweiz) statt.

Kanada fordert von Deutschland eine Entschädigungssumme von 187 Millionen Dollars einschließlich 31 Millionen Dollars wegen der Kriegführung mit ungesicherten Mitteln.

Der bayerische Bauernführer Dr. Hein wird am 1. Juni 1920 in Köln in einer Versammlung der landesweiten christlichen Volkspartei des Rheinlandes sprechen.

Der deutsch-lettische Friede ist verfestigt worden.

Millerand erhielt von der französischen Kammer mit großer Mehrheit ein Vertrauensvotum für Epa.

Das belgisch-französische Militär-Abkommen soll unmittelbar vor dem Abschluß stehen.

Die polnische Offensive ist derart mißglückt, daß die Polen in Paris dringend um Hilfstruppen bitten müssen.

Der Streik der deutschen Binnenwasserfahrer ist zusammengebrochen.

Ausländische Verleumdungen gegen die Reichsregierung.

Wie wir einem Telegramm des Holl. Reuters Bureau entnehmen veröffentlicht der „Daily Telegraph“ drei angebliche Geheimzirkulare des Unterstaatssekretärs der Reichskanzlei an das Reichswehrministerium, die dem englischen Blatt „von alliierter militärischer Seite“ ausgegangen seien. Es handelt sich, wie nicht anders zu erwarten war, dabei um dreifache Fälschungen. Die verderblich die Meinung der Verleumder ist, geht aus dem angeblichen Inhalt der gefälschten Zirkulare hervor:

In der ersten Note werde gesagt, daß die russische Regierung neue Verträge für Waffenlieferungen abgeschlossen habe, die mit Spanien, Rußland, Griechenland und Dänemark abgeschlossen seien, damit Deutschland auf einen neuen Krieg vorbereitet sei. Besonders werde die russische Regierung die russischen und dänischen Schiffe und die russischen und dänischen Luftschiffe sofort beschlagnahmen. — Ein zweites geheimes Rundschreiben besage, die deutsche Presse solle die bolschewistische Gefahr größer darstellen, als sie sei, damit man einen Grund zur Auslösung der Reichswehr und zur Sicherstellung der Reichsverteidigung im Falle eines neuen Krieges habe. Das dritte solle die Rüstung und Waffenzugabe für die russische Regierung in der ukrainischen Frage zu beeinflussen und zu diesem Zweck die politische und wirtschaftliche Lage in Polen möglichst schlecht, in Deutschland möglichst gut darstellen. Ebenso solle der russische Reichsminister gegen Polen als erfolgreich gekämpft werden, und schließlich seien schwarze Gerüchte über die Aufnahme in Polen von Zeit zu Zeit in der Presse mitzubringen.

Das Hollische Bureau ist in der Lage, authentisch zu erklären, daß diese von alliierter militärischer Seite stammenden Nachrichten völlig erfunden sind.

Wie man sieht, haben die von Deutschland schwer beehrte Militär-Kommissionen der Entente doch schon einiges „erleidet“. Da man sonst nicht viel Nachteiliges über Deutschland an die große Glocke hängen kann, erfindet und fälscht man eben mit einiger Fälscher- und Witzigkeit angebliche Geheimordnungen der Welt-Regierung. In Paris hagelt es soeben angstvolle parlamentarische Anfragen und Marschall Koch muß dann schließlich eine Rheinreise machen und furchtbar mit dem Säbel rasseln.

Da es nun unter den Militär-Kommissionen der Entente schließlich sehr viel ehrenhafte und gewissenhafte Männer gibt, denen man mit dem allgemeinen Fälscher-Wortwurf Unrecht tut, so muß der Londoner „Daily Telegraph“ dringend ersucht werden, seine Nachrichten-Quelle näher zu

Kriegspolitik und Wahlkampf.

Wie im Januar 1919, so versuchen auch jetzt manche linksstehenden Wahlredner den Wählern die Meinung beizubringen, daß die Sozialdemokratie allein den Krieg verurteilt habe, während andere Parteien, insbesondere das bunte Zentrum, eine alldeutsche, kriegsbezügliche Politik betrieben und durch unnötige Kriegsverlängerung schwere Schuld auf sich geladen hätten.

Demgegenüber seien folgende Tatsachen festzustellen. Abgesehen von den Unabhängigen, die, mit russischen Rubeln durch Herrn Hoffe reichlich bedacht, zum Schaden des eigenen Vaterlandes die Geschäfte des feindlichen Auslandes besorgten, haben sämtliche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete bis zum Herbst 1918 restlos die Kriegsanleiheforderungen bewilligt. Und nicht nur dies: Scheidemann, Bauer, Müller und andere sozialistische Kabinettsmitglieder haben noch im September und Oktober 1918 durch ihre öffentlichen Zeitungsaufsätze eine eifrige Werbetätigkeit für die neue Kriegsanleihe entfaltet. Wenn trotz dieser offensichtlichen Tatsachen manche Redner der Linken, aller Wahrheit zum Trotz, die driste Behauptung aufstellen, alle Bürgerlichen seien verbrecherische Kriegsverlängerer gewesen, während die Sozialisten allein den Krieg verurteilt hätten, so zeigen solche unvorsichtigen Leute, daß sie weder das Vertrauen, noch die Stimmen rechtschaffener Wähler am 6. Juni verdienen.

Aber haben denn nicht die Sozialdemokraten allein alle Kriegsanleihen bewilligt? Allerdings gewannen Scheidemann seit dem Jahre 1918 immer mehr Anhänger für seinen Verzichtsfrieden, wie auch die Zentrumskreise und an-

bezeichnen und zu umschreiben, damit die Welt weiß, wo die Fälscher und Giftmischer sitzen.

Die Pariser Flunkereien.
Eben, 28. Mai. In der Pariser Meldung über angebliche Geheimfabrikation von Kriegsmaterial bei der Firma Krupp wird hier erklärt, an dieser Meldung sei nur istig, daß es sich um Aufträge auf Fertigstellung einer geringen Anzahl von Jagdflugzeugen als Ersatzmaterial für die Reichswehr handelt, für die alte Jagdflugzeuge noch aus früheren Beständen vorhanden waren, an denen mit Unterbrechungen kaum 70 Arbeiter gearbeitet haben, eine Tätigkeit, die nach Aufstellung der Behörden wie der Firma dem Sinne des Friedensvertrages in keiner Weise widerspreche. Bekanntlich sind die gesamten Kruppischen Werkstätten mit ihren rund 37 000 Arbeitern auf Friedensmaterial umgestellt. Die getrimmten Arbeiten an Kriegsmaterial wurden durchaus nicht heimlich ausgeführt; dazu lag bei diesen Aufträgen für deutsche Behörden keinerlei Veranlassung vor, eine derartige heimliche Beschäftigung wäre auch gar nicht möglich gewesen.

Wilson's Isolierung.
28. Rotterdam, 27. Mai. Die Volkspartei Wilsons betreffend die Übernahme des armenischen Mandats steht im Repräsentantenhaus und befindet sich im Senat auf stärkerem Widerstand, als dies bei irgend einem anderen Vorstoß Wilsons je der Fall war. Senator Smoot sagte, im ersten Jahre würden 59 000 Mann und 100 Millionen Dollar notwendig sein. William H. Bryan hielt den Antrag für unannehmbar, da die Kosten enorm seien und die Vereinigten Staaten in die europäischen Fragen verwickelt würden. „New York Sun“ und „New York Herald“ teilen die Ansicht und bekämpfen in Leitartikeln den Plan.

Eine ungarische Gesandtschaft beim Vatikan.
Budapest, 28. Mai. Im Anschluß an die Ernennung des Hrn. Schoppy zum päpstlichen Nuntius in Budapest hat der Papst die ungarische Regierung zur Errichtung einer ungarischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl amtlich aufgefordert. Wie verlautet, soll zu diesem Posten Graf Moritz Bally auserkoren werden.

Polen verhandlungsbereit?
Wien, 28. Mai. Aus Lemberg wird berichtet: Nach einer Meldung aus Warschau verlautet in politischen Kreisen, daß die polnische Regierung der Sowjetregierung ein neues Friedensangebot gemacht habe. Die Eröffnung der Friedensverhandlungen mit Rußland soll nahe bevorstehen.

Ein neuer Erzbergerprozeß.
Berlin, 28. Mai. In dem Verleumdungsprozeß des früheren Reichsfinanzministers Erzberger gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Deutschen Zeitung, Dr. Ernst Büld, der am 20. Nov. vorigen Jahres verurteilt und hingerichtet wurde, ist neuer Verhandlungstermin auf den 5. Juni vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I Berlin anberaumt. Für die Verhandlungen sind 10 Tage in Aussicht genommen.

Finnische Butter.
Wie der Berliner Volksanzeiger meldet, haben die Hauptverbände der finnischen Kerne aus den von ihnen gesammelten Mitteln 5000 Pfund Butter für deutsche Kerne gestiftet.

Deutschland auf der Holzer.
Amsterdam, 28. Mai. In seinem Bericht über

der Parteien auf eine Verständigung der Völker hinarbeiten bemüht waren, sobald sich herausstellte, daß wir bei unserem zunehmenden Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen die mit dem reichsten Kriegsmaterial versehenen feindlichen Weltmächte nicht zu besiegen vermöchten. Allein in den Jahren 1914 und 1915 haben die Sozialdemokraten ebenso wie andere Leute die Abtretung feindlichen Gebietes zur Schadloshaltung Deutschlands verlangt. Ein unüberdachtiger Zeuge für die annerkennungsfähigen Gefühle der Sozialdemokraten ist der sozialdemokratische Bergarbeiterführer Reimpeter, der in der sozialistischen Wochenzeitschrift „Die Glocke“ laut R. R. Nr. 50 vom 18. Januar 1919 schrieb:

„Ich habe täglich reichlich Gelegenheit, mit unseren Genossen in Schacht und Grube zu verkehren, und fast ohne Ausnahme sind sie Annerkennung. Selbst Genossen, die für die Politik des Nichts schreien, wollen weder Belgien noch sonst ein besetztes Gebiet herausgeben. Bei einem siegreichen Deutschland würden, sofern Annerkennung von der Unabstimmung unserer Parteimitglieder abhängt, sicherlich 90 Prozent für Annerkennung stimmen, die aus dem Besatz zurückgekommen wohl rechtlos.“

Man sieht hieraus, wie jene Wahlredner, die das Zentrum anführen und für ihre eigne Partei durch die oben angeführten unredlichen Mandatverträge zu fangen suchen, die Wahrheit gräßlich entstellen und sich als echte Schmeicheleien erweisen, der die liebliche Morallehre vertrat, im Kampfe mit dem Gegner gelte nicht die Pflicht der Wahrhaftigkeit.

Wähler! Wehrt euch Genossen, ob unredliche Entsteller der Wahrheit am 6. Juni euer Vertrauen und eure Stimme verdienen!

die Lage in Deutschland schreibt Gardiner noch u. a.:

Eigentlich geht der Krieg noch weiter, daß deutsche Volk lebt und stirbt noch immer bei halben Rationen oftmals unbefriedigender Nahrungsmittel. Es ist noch immer von Feinden umgeben und vom freien und gleichen Verkehr mit der Welt abgeschnitten. Es liegt noch immer auf der Folter. Eine Menge englischer und amerikanischer Zeitungsvertreter lebt in Berlin u. befindet sich wohl, während nicht ein einzelner deutscher Korrespondent in England zugelassen wurde. Deutschlands Gefängnis für die Welt steht nur noch offen. Dieser hoffnungslose Zustand darf nicht fortdauern, denn unter einem solchen physischen und geistigen Druck kann ein Volk nicht weiter leben.

Wenn Spa eine neue Ära eröffnen soll, muß verhandelt werden. Eine Wiederholung von Versailles wäre schlimmer als zweifelsfrei, sie würde eine Regierung unmöglich machen. Die gegenwärtige Regierung, so ist doch die ist, ist die einzige, die Deutschland immerhin aufrecht erhalten kann.

Mexiko.

Die Ermordung Carranzas.
Ueber die Umstände der Ermordung Carranzas läßt sich aus den englischen Blättern jetzt ein genaueres Bild gewinnen. Nach dem ungünstigen Ausgang des Gefechts, das bei Minocada zwischen den Truppen Obregons und Carranzas stattgefunden hatte, löste sich am 16. Mai die Carranza noch treugebliebene Truppenmacht auf. Nur wenige Männer, darunter sein Schwiegersohn Aguilar, der frühere Gouverneur von Vera Cruz, und der von ihm begünstigte Präsidentschaftskandidat, Ignacio Bonillas, blieben bei Carranza zurück. Wahrscheinlich hatte Carranza die Absicht, nach Vera Cruz zu fliehen und das Land zu verlassen. In der Ortschaft Lagacal-Longo im Staat Puebla wurde Carranza am 20. Mai, um 4 Uhr morgens auf Befehl seines persönlichen Wacheleiters, des Generals Rodolfo Herrero — nach einer leichen eingetroffenen Nachricht bestreitet Herrero dies allerdings — im Schlaf ermordet, mit ihm noch sieben Begleiter. Senator Bonillas, auf dessen Tod Herrero es ebenfalls abgesehen hatte, entkam. General Obregon hat, wie bereits gemeldet, 2000 Mann abgeschickt, um Herrero zu verfolgen und dann vor ein Kriegsgericht stellen zu lassen. Er befehligt auch eine Untersuchungskommission, die die Vorgänge bei der Ermordung Carranzas nachprüfen soll. Nachdem die Leiche Carranzas nach Mexiko City gebracht worden war, wurde Carranza am Dienstag beigesetzt. Die Regierungsgedäude hatten seit dem Bekanntwerden der Tat auf Halbflughöhe. Sieben Anhänger Carranzas, die den Sonderzug mit der Leiche nach der Hauptstadt begleiteten, wurden aus dem Zug herausgeholt und verhaftet. Unter den Verhafteten befindet sich Senator Bonillas.

Was von manchen Putschgerüchten zu halten ist!

Berlin, 28. Mai. General v. Watter, der in Münster seinen Wohnsitz hatte, soll nach gräflichen Mitteilungen, die in der sozialistischen Presse enthalten sind, in Münster ein Verhörsbüro errichtet haben, das von dem Hauptmann von Bod und Bock geleitet wird. Hierzu wird erklärt, daß einmal General v. Watter nicht in Münster weilt, sondern sich in seiner württembergischen Heimat aufhält, daß ferner auch ein Hauptmann von

Wod u. Bock nicht als Leiter eines solchen Büros in Frage kommt.

Vertreter der großen Nation am Cauber-Blücher-Denkmal.

Aus Caub am Rhein wird dem Schwäbischen Merkur Nr. 238 gemeldet:

Am 7. Mai nachmittags kam hier das Motorboot Elisabeth Barbara von Kofheim mit 30 bis 40 französischen weissen Soldaten unter Führung eines Offiziers an. Am Blücher-Denkmal hielt der Offizier eine Ansprache, nach der sich die Soldaten auf sein Geheiß um das Denkmal stellten und es unter Gelächter besuchten. Der Offizier betrat die Handlung. Von dem herbeigerufenen Polizeiwachmeister darauf hingewiesen, daß er sich in der neutralen Zone befinde, und von einem als Dolmetscher hinzugezogenen Bürger wegen seines Benehmens zur Rede gestellt, erwiderte der französische Offizier unter anderem: „Wir Deutschland, hier Frankreich, Deutschland kaputt!“ Sie, die Franzosen, seien die Intelligenten und hätten die Intelligenz nach Caub gebracht! Bei der Abfahrt rief er der Menge zu: „Auf Wiedersehen, ihr Schweinehunde!“ indem er den Revolver nach dem Ufer richtete. Die polizeilich benommenen Zeugen sagten einstimmig aus, daß die Franzosen nicht betrunken waren. Sie trugen die Nummer 26 am Rockrocken.

Was sagt das französische Oberkommando zu dieser fabelhaften „Veltung“?

Zusammenbruch der polnischen Offensive?

Berlin, 29. Mai. Die polnische Regierung richtet, wie das „Petit Journal“ meldet, an Frankreich ein Telegramm, das den Ernst der Lage der polnischen Armee mitteilt und um Entsendung namhafter französischer Hilstruppen ersucht, da sonst die Gefahr einer völligen militärischen Niederlage Polens bestehe. — Diese Nachricht wird auch dadurch bestätigt, daß polnische verwundete Soldaten, die von der Vorkriegsfront nach Polen zurückgekehrt sind, berichtet haben, daß die Polen in den letzten Tagen schwere Verluste erlitten haben, da ihnen die rote Armee stark überlegen gewesen sei und hervorragend gekämpft habe. Die polnischen Lazarette beherbergen zurzeit mehr Verwundete als zu der Zeit, in der die deutsche Armee im Westen die großen Kämpfe zu bestehen hatte.

Man müßte unehrlich sein, wenn man nicht sagen würde, daß man diese schamhafte Niederlage den nimmermüden polnischen Vornehmten von Herren gönnte. Jeder Mensch mit ruhenden Sinnen hat diesen Ausgang eines russisch-polnischen Krieges vorausgesehen; trotzdem haben die Warschauer Schwadronen, welche sich als Stützpunkt aufstellten, ihr armes, ausgeleertes Land, auf französische Wünsche hin, von neuem in einen blutigen Krieg hineingetrieben. Sie mögen jetzt anrufen, ob ihnen die Franzosen aus der Notte helfen. Wir glauben kaum! Bisherig leidet Marshall Koch den lieben Polen keine Reiter-Regimenter. Dann wäre das Rheinland diese schwarzen Kerle wenigstens los.

Der Preistreuz in England.

London, 28. Mai. In England setzt sich der starke Preistreuz für alle Lebensmittel und Rohmaterialien fort. Besonders bemerkenswert ist der starke Preistreuz für Butter, Geflügel, Fische, überreifes Fleisch und leberleichte Nahrungsmittel. Der Grund liegt in der infolge der verminderten Preistreuz verminderten Kaufkraft der Bevölkerung, sondern vor allem aus der Forderung der Händler von Amerika nach England, der darin begründet ist, daß der Frachtfußraum jetzt größer ist als im Jahre 1914. Man erwartet eine weitere starke Verminderung der Preise nicht nur in England, sondern auch in den Vereinigten Staaten.

Bemerkenswert ist auch die Andäufung von Subterbörren in England. Die Spekulation, die auf dem Kontinent wie auch in England große Mengen Nahrungsmittel zurückhält, um die Wucherpreise zu steigern, ist von einer wahren Wut erfüllt. Die Spekulationen werden auf den Markt, was sie los werden können, ohne jedoch zu den hohen Preisen genügend Käufer zu finden. Der einzige Artikel, worin noch eine Knappheit herrscht, ist Weizen, weil die Weizenversorgung der ganzen Welt, momentan nach der Beendigung der Frachtfußraum, den Kontinent für das laufende Jahr sich deckt. Für die Brotversorgung wird daher alles von dem Durchschnitt der Weltmarkt abhängen.

Weiter wird gemeldet: Ein allgemeiner Preistreuz hat dem Daily Chronicle infolge eines Bankbankstalles, kein Geld mehr auszugeben, eingelegt. Der Preistreuz erstreckt sich auf Butter, Weizen, Sammelfleisch, Wolle und Baumwolle. 340 Börse-makler sollen sich in Schwierigkeiten befinden.

Zurücknahme schwarzer Truppen aus dem Rheinland.

„Journal“ erklärt, man habe längst behauptet, die senegalesischen Truppen seien aus dem Rheinland wegen der deutschen Protestbewegung gegen die schwarzen Truppen abgerufen worden. In Wirklichkeit seien diese Regimenter für die Arme der Levante bestimmt, wohin sie am 10. Juni als Verhörsland würden.

Die Erhebung der Einkommensteuer.

Ueber die Erhebung der Reichseinkommensteuer wird amtlich mitgeteilt:

Ginlichlich der erstmaligen Erhebung der neuen Reichseinkommensteuer ist zu unterscheiden zwischen 1. der endgültigen Erhebung nach den Vorschriften der §§ 19-21 des Gesetzes vom 29. März 1920 und 2. der vorläufigen Erhebung. Die endgültige Veranlagung erfolgt erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1919/20 u. zwar nach dem Einkommen, das der Steuerpflichtige in diesem Kalenderjahr bezogen hat. Nach der endgültigen Veranlagung erfolgt die endgültige Erhebung. Bis dahin findet eine vorläufige Erhebung statt.

Was die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer betrifft, so ist a) nach § 58, 2 des Einkommensteuergesetzes die vorläufige Einkommensteuer zu entrichten, die sich nach den Vorschriften der §§ 19-21 für das bei der letzten landesgerichtlichen Veranlagung der Einkommensteuer festgestellten Einkommen berechnet. b) Das Gesetz vom 31. März 1920, das zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes erlassen ist, ermächtigt den Reichsfinanzminister, anzuordnen, daß bis zum Empfang des vorläufigen Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1920 die Einkommensteuer weiter zu bezahlen ist, die nach der letzten landesgerichtlichen Veranlagung zugunsten der Länder oder Gemeinden zu entrichten war oder zu entrichten wäre. Von dieser Ermächtigung hat der Reichsfinanzminister Gebrauch gemacht u. die Verordnung vom 20. April 1920 erlassen. Bei der Ausführung dieser Vorschriften ist es nötig, die vorläufige Veranlagung und Erhebung auf bestimmte Kreise der Steuerpflichtigen zu beschränken. Die Finanzämter sind zum Teil heute noch im Aufbau und dazu noch mit großen Aufgaben, hinsichtlich der Steuervorbereitungsarbeiten belastet. Es sind drei Kreise von Steuerpflichtigen zu unterscheiden: 1. Steuerpflichtige, für welche die vorläufige zu entrichtende Einkommensteuer gemäß § 48, 2 festgesetzt wird. In diesen Kreis fällt ein Steuerpflichtiger, wenn er nach § 58, 2 eine höhere Steuer entrichten muß, als er bisher an Staats- und Gemeindefinkommensteuer bezahlt hat. Er erhält ein Steuerfestsetzungsbescheid über die darnach vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer. 2. Die übrigen Steuerpflichtigen haben lediglich die im Vorjahre entrichtete Staats- u. Gemeindefinkommensteuer zusätzlich der Einkommensteuer der Gemeindeförderung, weiter zu entrichten. Sie erhalten ein Aufforderungsschreiben des Finanzamts. In diesem Aufforderungsschreiben wird ihnen vom Finanzamt die Zahlung des seither gezahlten Betrags an Staats- und Gemeindefinkommensteuerleistungen bis zur endgültigen Veranlagung auferlegt. 3. Steuerpflichtige, denen zur Entrichtung der Einkommensteuer 10 Prozent ihres Arbeitslohnes einbehalten werden, erhalten keine Aufforderung zur vorläufigen Entrichtung der Einkommensteuer zugesandt, wenn der zehnprozentige Abzug vom Arbeitslohn höher als die nach 1 oder 2 zu entrichtende Steuer ist. Beträgt jedoch die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer voraussichtlich mehr als 10 Prozent, so geht ihnen ein Aufforderungsschreiben zu. Sie haben sodann das Recht, den Wert ihrer in der Steuerkarte vorchriftsmäßig eingelegten und entwerteten Steuermarken oder einbehaltenen oder in bar abgeführten Einkommensteuer anrechnen zu lassen.

Willensland verlangt volle Bewegungsfreiheit. Paris, 28. Mai. Willensland erklärte sich damit einverstanden, daß die Kammer Freitagvormittag die Interpellation betreffend die Festsetzung der deutschen Entschädigung bespricht. Er werde in der Kammer Erklärungen darüber abgeben und die Vertrauensfrage stellen hinsichtlich der Wehrfrage, die zu befolgen sei, um die Durchführung des Friedensvertrages zu sichern. Der Ministerpräsident ließ die Kammer auffordern, sich in einer allgemeinen Vertrauensfrage dahin auszusprechen, daß ihm volle Bewegungsfreiheit gelassen und die nötige Vollmacht gegeben werde, um die schwebenden diplomatischen Verhandlungen mit den Alliierten sowie mit den deutschen Vertretern in Spa zu führen.

Willensland hat heute den Mitgliedern der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten

und Finanzen bezüglich der englisch-französischen Verhandlungen über die Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme erklärt, daß der Wunsch der Alliierten, schon sehr die Schuld festzusetzen, feststehe, und daß nicht nur England, sondern auch Belgien eintrete. Diese Absicht sei übrigens schon im März amtlich und öffentlich durch die wirtschaftliche Denkschrift des Obersten Rates zum Ausdruck gebracht worden. Wie der Interpellation mitteilt, wird die Räumungsmittel aus dem London George und Willensland erst gegen den 10. Juni stattfinden.

Rittis Veranlagungsantrag. — Eine Voranfrage in Genau.

Berlin, 28. Mai. Dem „Abanti“ zufolge erklärte Rittis im letzten Ministerrat, daß Italien die Verbindungen um Aufschub der Konferenz in Spa bis zum Juli erlauben werde. Auch der Mailänder „Secolo“ meldet aus Rom, daß Rittis in der Wochenschrift des Ministerrats bei Behandlung der Frage der Einberufung der Konferenz in Spa erklärt habe, einer Verschiebung der Konferenz auf den Monat Juli günstig gesinnt zu sein. Er glaube, daß die Alliierten sich seinem Wunsch anschließen würden.

Nach dem „Corriere della Sera“ verlautet gerüchtes, daß vor der Konferenz von Spa eine Konferenz der Verbündeten in Genau stattfinden werde, um endgültig sich über den von Deutschland zu zahlenden Entschädigungsbeitrag zu verständigen. Die Voranfrage werde im Dogenpalast zu Genau stattfinden, wobei bereits das in San Remo von der vorigen Konferenz zurückgelassene Material gelockt wäre.

Volen und Tischen handgemein.

Leiden, 27. Mai. Wie die Telegraphen-Union meldet, ist im hiesigen Gebiet der offene Bürgerkrieg ausgebrochen. Die Vollen haben die Schutzhölzer des Robanischschutes bei Dombrowa besetzt u. den Kampf mit den hiesigen Gendarmenabteilungen aufgenommen. Auf beiden Seiten sind die Verluste an Toten und Verwundeten groß. Die hiesigen Arbeiter in Polnisch-Ostrow eilen ihren Kameraden in Dombrowa zu Hilfe, so daß mit einer weiteren Ausdehnung der Kämpfe gerechnet werden muß.

Zentrumswähler?

Ein Beitrag zum Wahlfond der Zentrumspartei ist die beste Versicherungs-Prämie gegen den roten Weltbrand.

Junge Damen klopfen an Eure Türen.

Seht reichlich!

Die Entente-Kommission hat ihren Sitz nach Budan bei Oberberg verlegt.

Rückkehr des Volkswirtschaftlers.

Guxhaven, 25. Mai. Der Fischdampfer „Senator Schröder“, der vor einigen Wochen von der kommunistischen Besatzung nach Wüsterland entführt war, ist unter Führung des zweiten Steuermanns Fritz Schier mit sechs alten Mannschaften wieder in Guxhaven eingetroffen. Der Steuermann erzählt, daß der Matrose Anieffe und drei Kommunisten den Kapitän, den ersten Maschinisten und Steuermann und einen Passagier in der Kajüte übermannen und den Dampfer nach Wüsterland entführten. Dort verhafteten sie den Kapitän an die Volkswirtschaftler. Dem Steuermann Schier gelang es jedoch, einen Teil der Besatzung um sich zu fassen und das Schiff heimlich flar zu bekommen. Sie führten unbemerkt ab und retteten so sich und den Dampfer. Der Kapitän, der erste Maschinist, der erste Steuermann und der Passagier, die bei der Ankunft in Wüsterland verhaftet wurden, mußten dort leider zurückbleiben. Die Besatzung ist im Unkenntnis, wie es ihnen geht.

Die Abfindung thüringischer Fürsten.

Staatsrat Hofmann gab in der Thüringischen Landeskonferenz der sozialdemokratischen Mehr-

heitspartei bekannt, daß sich der ehemalige Herzog von Sachsen-Meiningen trotz eines privatrechtlichen Anspruchs von 120 Millionen Mark mit einer Abfindung von 7 Millionen Mark begnügen müsse. In Gotha, der Hofstadt der Unabhängigen, habe die Krone 21 Millionen Mark erhalten, trotzdem die privatrechtlichen Ansprüche bedeutend niedriger gewesen seien wie die des Meiningenschen Hauses. In Rudolstadt bekam der Fürst eine jährliche Rente von 150 000 Mark zugesprochen. In Sonderhausen, wo ebenfalls noch die Unabhängigen am Ruder seien, bekomme der Fürst außer 150 000 Mark eine weitere Rente von 400 000 Mark jährlich.

Ein Meisterstück der Einfuhr-Politik.

Die „Post. Rtg.“ berichtet von der eigenartigen Vorgeschichte einer Tuchlieferung für die Sicherheitspolizei. Trotz des Angebots des Syndikats der deutschen Tuchfabriken, den notwendigen Stoff für 170 Mark das Meter zu liefern, haben sich die Einkaufsstellen der Sicherheitspolizei entschlossen, den Stoff für 275 Mark, also 105 Mark das Meter mehr als von den deutschen Firmen gefordert war, von einer englischen Firma Clelland zu beziehen. Den Reingewinn der englischen Firma Clelland schätzt man in Kreisen deutscher Textilindustrieller auf mindestens 25 Millionen Mark. Diefelbe Firma Clelland hatte noch im Dezember 1919 einen beträchtlichen Kosten dieses Stoffes einer Kölner Firma zum Preise von 65 Mark (fünfundsechzig Mark) das Meter angeboten.

Von der vorgelegten Dienststelle der Reichswirtschaftsstelle für Textilien, welche die Einfuhrgenehmigung für die Tuchlieferung erteilt hatte, ist nunmehr diese Einfuhrbewilligung zurückgezogen worden. Major Bauer, der Abteilungsleiter der Beschaffungstelle der Sicherheitspolizei, und der kaufmännische Leiter, Direktor Gourd, sind vorläufig beurlaubt worden.

Die Buchhändler.

Berlin, 28. Mai. Vor Vertretern der Presse gab heute der preussische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung Dr. Weismann, eine

Provinzielles.

X Diez, 31. Mai. Am Donnerstag, den 3. Juni, nachm. 4 Uhr wird im St. Saale des Corps von Holland in Diez eine Versammlung der Zentrumspartei, in welcher Herr Landgerichtsdirektor Allen aus Frankfurt am Main und das Mitglied der preuß. Landesversammlung Herr Dietrich aus Limburg a. d. Rhn sprechen werden, stattfinden. Man hat die Versammlung für den Nachmittag bestimmt um es auch den Vereingten in den Nachbarorten wohnenden Parteigenossen zu ermöglichen, einer Zentrumsversammlung beizuwohnen. Parteifreunde erwarten in Diez.

Überbrücken, 28. Mai. Heute hat Schwester Oberin Annona die hies. Gemeinde, in der sie 24 Jahre tätig war, verlassen. Da ihre Verheiratung nach den Bestimmungen des neuen kanonischen Rechts, da sie fast 12 Jahre Oberin war, in näher Aussicht stand, so war doch ihre plötzliche Abreise, die sie in ihrer Verheiratung geheim gehalten hatte, unerwartet, und den Vertretern der Gemeinde nicht die Möglichkeit gegeben, ihr für ihr Wirken gebührenden Dank zu sagen. Was sie in unermüdlichem Arbeiten und wohlthätigen Nachdenken, ohne auf ihre Gesundheit Rücksicht zu nehmen, für die Kranken gewirkt hat, weiß Gott allein. Wo immer sie helfen und trösten konnte, war sie zur Stelle. Die besten Wünsche der dankbaren Gemeinde, nicht nur der Katholiken, sondern auch der Andersgläubigen begleiten sie in ihren neuen Wirkungskreis.

Som Lande, 28. Mai. Die anhaltende Trockenheit beginnt allmählich unheimlich zu werden. Kommt nicht bald ein ausgiebiger Regen, so ist unsere Ernte stark gefährdet. Während es zu sehen, daß der erst halb ausgeblühtene Roggen stellenweise schon bleicht, daß die guten und reichlichen Ansaue besonders der Aepfel zum größten Teile abfallen werden, wenn die Hitze weiter wie bisher anhält. Viehwasser haben sich in letzter Zeit, vor allem des Nachts, Gewitterbildungen am Himmel gezeigt. Aber bei der Regenverteilung geht es „niedrig“ zu: die eine Ortshälfte bekommt etwas ab; viele andere jedoch gehen leer aus. In der Wiesbader Gegend soll es jüngst tüchtig geregnet haben; ebenso vor einigen Tagen in der Gegend von Biechen und Wehr. Das übrige Land jedoch, Westerwald und Taunus, mußten sich mit dem Aussehen der Wollensbüsch begnügen.

Wien, 28. Mai. Die Katholiken des Bistums fanden sich am Pfingstmontag beim Kloster Krems zu einer imposanten Kundgebung zusammen. In der herrlichen altemwürdigen Klosterkirche wurde die Feier nachmittags eingeleitet durch einen feierlichen Gottesdienst, in welcher Vater Bonifatius Rombauer die Horeworte hielt. Danach fand unter Gottes freiem Himmel eine geistliche Versammlung des laical. Volksvereins statt, deren Hauptredner der Abg. Dr. Strauss aus München-Gladbach war. In kurzen Zügen entwarf er zunächst ein Bild von dem glänzenden Aufstieg Deutschlands in den letzten hundert Jahren, der uns in verhältnismäßig kurzer Zeit aus einem armen geknechteten Volk zu einem der reichsten und mächtigsten Völker emporhob. Im Anschluß daran wies der Redner an Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials die Größe unseres Zusammenbruchs nach. Insbesondere ging dies klar hervor aus dem ungeheuren Warenmangel, welcher die ungemein hohen Preissteigerungen und in Verbindung mit diesen die Lohn- und Gehaltsentwertung zur Folge hatte. Tausend für diese Entwertung sind die Preise der Hauptelemente unserer Warenherzeugung, der Rohle und des Eisens; so liegt z. B. der Preis für Gießeisenerzeugnisse, das vor dem Kriege 75,50 M die Tonne kostete, auf 632,50 M (1. 10. 19), 914,50 M (1. 12. 19), um dann auf 1025 M (1. 2. 20) emporzuschwellen. Die Rohle kostete das Eisenband des Friedenslandes, die Rohle waren um die Jahreswende auf das Sechsfache des Friedenslandes gestiegen. Im allgemeinen stellte der Redner fest, daß eine Preissteigerung aller Verbrauchsgegenstände um 500 bis 1000 Prozent zu verzeichnen sei. Als weitere hindernde Momente für den Wiederaufbau nannte der Redner die durch die direkten und indirekten Kriegsverluste verursachte Arbeits- u. Volkstakt (Wohnungsverluste auf unserer Seite 18 Millionen Hektar). Als von nicht zu unterschätzender Bedeutung zeigte der Redner auch die zahlreichen Streiks, deren wir in der kurzen Zeitspanne von 9. November 1918 bis Jahresende 1919 273 zu verzeichnen hatten, unter diesen 183 wirtschaftliche, 90 politische Streiks, durch die 7222 Betriebe mit 728 286 Arbeitern in Mitleidenschaft gezogen wurden. Allein durch die Revolutionsstreiks gingen uns nicht weniger als fast 2 Millionen Arbeitsstunden in neun Revolutionswochen verloren. Die Folgen dieser geschwundenen Arbeitskraft wies der Redner noch insbesondere nach in Bezug auf die Rohlenförderung und die dadurch hervorgerufene Rückentwicklung auf die gegen verarbeitende Industrie. Interessant war auch die Feststellung bezüglich der sehr hohen in den letzten beiden Jahren in der Zahl von 1900-1900 im Verhältnis zur Friedenszeit von 1900. Zum Schluß beleuchtete der Redner einige Fragen der Weltanschauung, unter besonderer Betonung der Schöpfungslehre. Mit einem warmen Appell an treuer Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes schloß der Redner seine interessanten Ausführungen. Der glänzende Vortrag erntete großen Beifall.

II) Was dem unteren Rheingau, 20. Mai. Nachdem in den Weinbergen das Austreten des Schimmelpilzes

Limburg und die Bewegung des Jahres 1848.

(Schluß.)

Tatsächlich haben sich dann doch die Limburger Wähler am 18. April vormittags 11½ Uhr zur Wahl der Wahlmänner im hohen Dome eingefunden. Ueber den Verlauf der Wahl unterrichtet uns das eingangs erwähnte „Protokoll“. Die Versammlung wählte zunächst „durch offene Abstimmung“ einen Vorpresben, vier Stimmengähler und zwei Schreiber. Nachdem der Vorpresbende — Stadtschultheiß Dautlein — die einschlägigen Paragraphen des Wahlgesetzes „laut und deutlich“ vorgelesen hatte, forderte er eine anwesende Nichtstimmberedigte auf, sich aus der Versammlung zu entfernen. Dann entschied die Versammlung mit absoluter Stimmenmehrheit über die Zulassung mehrerer Personen, deren Stimmrecht nicht einwandfrei feststand oder streitig war. So wurden u. a. zwei gepreßte Kandidaten der Theologie zurückgewiesen, weil sie noch nicht 23 Jahre alt waren. Der eine von diesen beiden, Josef Beyland aus Badamar, war später Stadtschreiber von Wiesbaden und noch später, 1888-94, Bischof von Fulda. Eine nach Schließung der Türen vorgenommene Zählung ergab die Anwesenheit von 400 Wählern; da die Gesamtzahl der wahlberechtigten Limburger auf 542 angesetzt war, so hatten 82 auf die Auswahl ihres Repräsentanten verzichtet. Zu wählen waren 35 Wahlmänner. Abgestimmt wurde durch Stimmzettel. Nachdem diese gesammelt und gezählt und zum Teil geöffnet waren, wurden — es war nämlich inzwischen 6 Uhr abends geworden — die noch nicht geöffneten Stimmzettel samt den Stimmregistern in einen Kasten niedergelegt, der Kasten versiegelt und die Verhandlung für diesen Tag geschlossen. An den folgenden Tagen, nämlich am 19., 20., 21., 22. und 23. April, tagten die Mitglieder des Wahlausschusses im Saale des Rathauses und waren dort — eine kurze Mittagspause abgerechnet — vom frühen Morgen bis zum späten Nachmittag damit beschäftigt, die Stimmzettel zu öffnen und zu registrieren; sie haben nahezu 40 Stunden auf dies Geschäft verwandt. Erst am 23. April nachmittags 4 Uhr war die Wahlhandlung beendet, das Ergebnis festgesetzt, die Stimmzettel gereinigt. Eine Ausfertigung des Protokolls sollte innerhalb der nächsten 48 Stunden an das Herzogliche Amt in Limburg eingesandt werden.

*) Von vornherein wird dies zwar im Protokoll nicht gesagt, aber es ergibt sich aus dem weiteren Wortlaute.

Es erübrigt sich, die Namen der 35 Wahlmänner hier anzuführen; nur einige mögen hier Platz finden. Es waren gewählt:

Krämer und Stadtrat Martin Röhr mit 384, Bäcker Josef Anton Groos mit 342, Gastwirt Franz Rothert Walter mit 282, Lederfabrikant Josef Wustbach mit 279, Oekonom Dr. Johann Busch mit 270, Kaufmann Heinrich Trombeta mit 267, Kaufmann Josef Arnold Bodden mit 238, Rathschaffteier Ludwig Wölflinger mit 208, Stadtschultheiß Dautlein mit 198, Gastwirt Johann Arnold mit 196, Goldarbeiter Adian Seibel mit 193, Wundrunder Adam Schmid mit 188, Hofsch. Wilm mit 184, Kaufmann Jakob Trombeta mit 182, Weinbändler Karl Bollmann mit 169, Schönfärber Franz Wölflinger mit 176, Goldarbeiter Lorenz Streicher mit 155 Stimmen.

Es waren also von den 17 Mitgliedern des Sicherheits-Komitees nicht weniger als elf beteiligt; von dem ursprünglichen Komitee kam noch ein Mitglied hinzu.

Schon zwei Tage später, also am 25. April, fand die Hauptwahl statt und zwar in Limburg für die Zentrumspartei, in Limburg, Kunkel und Weiburg die zusammen den dritten rassauischen Wahlkreis ausmachten. Stadtschultheiß Pfeiffer von Dauborn eröffnete als Alterspräsident vormittags 10 Uhr die abends im Dom tagende Versammlung, gab aber den Vorhitz alsbald an den von der Versammlung gewählten Correttor Schulz von Weiburg ab. Anwesend waren von 664 Wahlmännern 647, die absolute Mehrheit betrug 324. Nach Wahl der Stimmengähler und Schreiber, Prüfung der Legitimationsurkunden und Erhebung sonstiger Formalitäten schritt man zur Abstimmung. Es wurde Correttor Schulz von Weiburg gewählt mit 547 Stimmen. Von den 100 Stimmen, die nicht auf ihn lauteten, fielen 72 auf den Kandidat Gustav Habel zu Schierstein und 28 auf den Legationsrat Max von Gagen zu Wiesbaden.

Daher der „um die Erhaltung des Altertums und um die Auffindung, Erhaltung und Verschönerung der Denkmäler der Vorzeit hochbediente“ Kandidat Friedrich

Gustav Habel bei der Limburger Wahl diesen Wahlerfolg erritt. In jedenfalls eine beachtenswerte Tatsache. Schon einmal hatte ihn das Vertrauen seiner Mitbürger in eine gesetzgebende Körperschaft als Abgeordneten entzündet; im Jahre 1836 war er Mitglied der Kass. Ständekammer gewesen. Er hatte damals an der Steuererhebung, insbesondere an der Lösung der Jehn-Abfindungsfrage erfolgreich mitgearbeitet. Dieser Tätigkeit mag man sich damals an der Bahn dankbar erinnern haben. Habel wurde übrigens wenige Tage später in die Kassauische Volkstammer gewählt.

Was sodann die 25 Stimmen betrifft, die auf Max von Gagen entfielen, so wird man kaum schloßen, wenn man darin einen Erfolg der auf eine regere Beteiligung der Katholiken am öffentlichen Leben gerichteten Bemühungen des Bischofs Blum erblickt. Bekanntlich hatte der Bischof am 17. März einen Hirtenbrief erlassen, in dem er zur Wahl von Angehörigen der Religionsfreiheit aufforderte. Als solcher aber mochte allerdings Max von Gagen, der am 28. August 1843 in Baden-Baden zum Katholizismus übergetreten war, den Limburger Katholiken sich darstellen. Tatsächlich hatte er noch kurz zuvor, am 8. März, durch persönliche Aussprache mit Gerwinus in Heidelberg durchgesetzt, daß die „Deutsche Zeitung“ auf eine antikatolische Politik von vornherein verzichtete. Zu Limburg hatte zudem M. v. Gagen seit Jahren regere Beziehungen unterhalten. Bischof Blum hatte ihm am 21. März 1843 im Limburger Dome öffentlich das Sakrament der Firmung gespendet. Am 18. März war es ja allerdings kaum zu erwarten, daß M. v. Gagen im dritten Wahlkreis die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen würde; es sind ihm ja nicht einmal die 35 Limburger Stimmen alle zugefallen. Es kann sich also nur um eine Vertrauensunterstützung für ihn gehandelt haben. Ob Gagen um seine Wahlbeteiligung überhaupt gewußt hat, ist nicht festzustellen; wahrscheinlich ist es immerhin. Interessant ist, was Gagen selbst Anfang April von Frankfurt aus an seine Gattin in Wiesbaden schreibt:*)

*) Vgl. über ihn A. Schwarz, Kandidat Habel, (Annalen des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung XI [1871] S. 188-187).

*) A. A. O. S. 348 f.

*) Vgl. über ihn A. v. d. V. Vastor, Leben des Freiherren Max von Gagen (1810-1889) 1912.

*) Götter, Geschichte des Bistums Limburg (1908), II 201 und Anhang S. LXXIII Nr. XXIII; Zelle, Das Herzogtum Nassau und die deutsche Frage (1882-87) Nassauische Annalen XLIII (1914/15) S. 12.

„Ob ich in die konstituierende Versammlung“ gewählt werde, wie und wo, weiß ich noch nicht. Vielleicht in Badamar.“ Tatsächlich ist er am 25. April in Badamar gewählt worden als Vertreter des zweiten Kassauischen Wahlkreises, der die Kreise Badamar, Montabaur, Seibers und Wallmerod umfaßte.**) Am 6. Mai hat es sich in Badamar seinen Wählern persönlich vorgestellt.**) Zwei Jahre später, am 31. Januar 1850, sandten ihm übrigens die Kreise Montabaur, Diez, Badamar, Limburg, Kunkel und Weiburg in das Parlament zu Frankfurt.**)

Am 1. Mai folgten die Wahlen zur Kassauischen Volkstammer.**) Wieder füllte sich der Limburger Dom mit Wahlmännern und zwar diesmal aus den Kreisen Diez und Limburg, die zusammen den sechsten Wahlbezirk bildeten. 329 Wahlmänner hatten drei Landesdeputierte zu wählen; auf die familiären 28 Kreise entfielen 41. Schultheiß Pfeiffer-Dauborn, der wieder als Alterspräsident fungierte, schloß Pfarrer Seibert aus Raueheim als Vorpresben vor. Neun Wahlmänner fehlten mit Entschuldigung; Daniel Wölflinger aus Freudenbach konnte wegen verpöblicher Anfunft bei schon verfloßener Tür nicht mehr eingelassen werden. Anwesend waren mithin 312 Wähler, und das absolute Mehr betrug 157 Stimmen. Man wählte in drei aufeinanderfolgenden Wahlgängen. Als gewählt wurden schließlich verhandelt: 1) Ludwig Vorn aus Rangenscheid mit 235; 2) Kaspar Groos von Diez mit 181 und 3) Carl Bollmann-Limburg mit 191 Stimmen. Bemerkenswert erscheint mir noch, daß Gg. Regierungsrat Busch von Wiesbaden, ein geborener Limburger und Bruder des wiederholt genannten Dr. Busch-Limburg, im ersten Wahlgang 72 und im zweiten sogar 77 Stimmen erhalten hatte. Im dritten Wahlgang entfielen auf Registrator Giff zu Badamar 106 Stimmen.

Badamar.

O. Otto

*) Pastor a. a. O. S. 139.

*) Ebendort S. 199.

*) S. 162.

*) V. Pastor S. 249.

*) Max von Gagen und sein Bruder Heinrich gehörten dem Corpsparlament an, das am 31. März in Frankfurt zusammengetreten war; Pastor S. 244 ff.

*) Pastor S. 255.

*) Diefelbst S. 267 Anmerkung.

*) Diefelbst S. 320.

*) Spielmann, 48er Kassauer Chronik S. 87.

*) Götter II 223.

Geßl. Off. unt. 6841 a
die Exp. d. Bl.

C. m. b. 5. 8398

Wart 1. Deff.

249) Hufelbad.